



Abgeordnetenbrief Doris Rauscher



13. Februar 2015

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Weihnachtspause des Bayerischen Landtags ist seit Ende Januar vorbei und die Debatten rund um die verschiedenen Themen haben wieder an Fahrt aufgenommen. Mit Beginn des neuen Jahres möchte ich euch meinen ersten Newsletter aus dem Landtag zukommen lassen und euch über aktuelle parlamentarische Initiativen der SPD-Landtagsfraktion, insbesondere auch aus meinen beiden Schwerpunktfeldern Pflege und Familienpolitik informieren. In meinem Infobrief geht es heute um:

- 1) **SPD, Freie Wähler und Grüne klagen gegen Windkraft-Blockade-Gesetz**
- 2) **Soziale Gerechtigkeit: Eine Umfrage belegt Nachholbedarf in Bayern**
- 3) **Der Mindestlohn gilt!**
- 4) **Giftstoffe in der Kleidung: Wir verlangen mehr Schutz für die Kinder**

Wenn euch darüber hinaus spezielle Themen unter den Nägeln brennen, oder ihr Informationen zu anderen Feldern wünscht, wendet euch gerne an mich!

Ich wünsche euch und euren Angehörigen ein gutes, erfolgreiches und gesundes Jahr 2015!

Herzliche Grüße,

1) SPD, FREIE WÄHLER und Grüne klagen gemeinsam gegen Windkraft-Blockade-Gesetz

Viele Bürgerinnen und Bürger und viele Gemeinden in Bayern haben sich in den vergangenen Jahren für die Energiewende in Bayern engagiert, viel energischer und ideenreicher als die Bayerische Staatsregierung und ganz praktisch: zum Beispiel für die Errichtung von Windkraftträdern.

Der Landtag hatte 2011 nach der Atomkatastrophe von Fukushima die bayerische Energiewende beschlossen: Der Anteil der Windenergie von 0,6 Prozent des Gesamtstroms sollte auf zehn Prozent gesteigert werden. Städte und Gemeinden legten sofort los, Windräder zu planen - und mit den Genehmigungen dafür sollte, versprach die Regierung, es schnell gehen.

Aber im August 2013 begann Ministerpräsident Seehofer, die Energiewende zu sabotieren: Er erfand die 10H-Regel für Windkraftträder. Diese Abstandsregelung (mindestens die zehnfache Windrad-Höhe als Entfernung zu Wohnsiedlungen) bedeutet, dass nur noch 0,05 Prozent der Fläche in Bayern für Windkraftanlagen zur Verfügung stehen! Ein Gesetzentwurf der Staatsregierung folgte. Und entgegen des Votums fast aller Fachleute aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kommunen, die klar die 10H-Regel ablehnten, paukte die CSU-Fraktion das Windkraft-Verhinderungs-Gesetz ihrer Regierung durch. Es scherte sie auch nicht, dass sich 76 Prozent der Bayern fast zeitgleich in einer Umfrage für mehr Windkraft aussprachen!

Damit wäre nicht nur die Windkraft in Bayern beerdigt, sondern auch die Energiewende in Bayern beendet.

Deshalb reichen die Landtagsfraktionen von SPD, FREIEN WÄHLERN und Bündnis90/Die Grünen gemeinsam Klage beim Bayerischen Verfassungsgerichtshof gegen das 10H-Gesetz der Staatsregierung ein.

Für uns gilt: **Wer will, dass die Energiewende kommt...**

- muss klare Signale für den Atomausstieg setzen.
- muss den Menschen vor Ort vertrauen, statt sie zu bevormunden.
- darf die kommunale Planungshoheit nicht antasten
- oder einschränken, denn die Kommunen wissen oft am besten, wo ein Windrad passt und wo nicht!
- muss Investoren, Kommunen und Energiegenossenschaften endlich langfristige Planungs- und Rechtssicherheit geben! Kurzfristige Wendemanöver sorgen dafür, dass niemand mehr in Windkraft investiert!

2) Soziale Gerechtigkeit: Eine Umfrage belegt Nachholbedarf in Bayern

Bayern ist ein wohlhabendes Land. Das zeigt der Blick auf die Statistiken der Ökonomieprofessoren. Die Staatsregierung wird auch nicht müde, das unentwegt zu betonen. Aber reicht das? Ist damit alles gut? Geht es auch gerecht zu in unserem Land? Die SPD-Fraktion hat nachgefragt bei den Menschen, die es wissen müssen. Das Ergebnis einer repräsentativen Studie von TNS-Infratest im Dezember 2014 belegt: Wenn es um soziale Gerechtigkeit geht, gibt es bei uns in Bayern erheblichen Nachholbedarf.

58 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Einkommen und Vermögen in Bayern eher ungerecht verteilt sind. Laut Infratest-Umfrage beurteilen die Menschen in Bayern die Chancengleichheit in den verschiedenen Regionen des Freistaats überaus skeptisch. 75 Prozent der Bayern sind der Ansicht, dass es keine wirtschaftlich gleichwertigen Lebensverhältnisse in allen Landesteilen gibt. Wir setzen deshalb sehr darauf, dass die von meiner Fraktion im Bayerischen Landtag initiierte Enquete-Kommission „**Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen**“ der Staatsregierung auf die Sprünge hilft, zielsicherer und energischer als bisher die deutlich benachteiligten Regionen in unserem Land zu fördern.

Großen Handlungsbedarf sehen wir nach wie vor in der Bildungspolitik. 59 Prozent der Befragten beklagen ungleiche Bildungschancen für Kinder unterschiedlicher Herkunft. Das ist die Antwort auf die **unzureichende öffentliche Kinderbetreuung, zu wenige Ganztagsangebote, zu große Klassen, zu viel Unterrichtsausfall** und die **mangelnde Durchlässigkeit im bayerischen Schulsystem**. Denn Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Tatsächlich kommt hinzu: Selbst in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs, ist die Zahl der von Armut bedrohten Menschen in Bayern 2013 auf das Rekordniveau von 1,84 Millionen gestiegen

Umso notwendiger ist, dafür zu sorgen, dass die Staatsregierung soziale Probleme nicht länger ausblendet. **Es ist eine Mahnung, dass 82 Prozent der Menschen in unserem Land die soziale Gerechtigkeit stärker in den Mittelpunkt der bayerischen Politik gestellt wollen.** Wir nehmen diese Mahnung auf und stellen sie ins Zentrum unserer Arbeit im Jahr 2015. Wir wollen ein modernes, wirtschaftlich starkes und soziales Bayern, in dem die Menschen sicher leben können und unsere Kinder beste Bildungs- und Zukunftschancen erhalten. **Gerechtigkeit ist eine Investition in den sozialen Zusammenhalt und in die Leistungsbereitschaft der Menschen in unserem Land.**

3) Der Mindestlohn gilt!

Seit Beginn dieses Jahres **profitieren fast 3,7 Millionen Menschen vom Mindestlohn.** Er schützt Beschäftigte im Niedriglohnbereich vor Dumpinglöhnen. Lange genug hatte es gedauert, vieler Anläufe hatte es bedurft, bis Deutschland als 22. Land in der Europäischen Union diese Selbstverständlichkeit per Gesetz geregelt hat.

Deshalb habe ich kein Verständnis für die **panische Kritik mancher Unternehmer und konservativer Politiker an der Bürokratie**, die das Mindestlohngesetz angeblich verursacht. Dass Mitarbeiter Stundenzettel ausfüllen und angeben, von wann bis wann sie gearbeitet haben, kann nun wirklich keine unzumutbare Belastung sein. Denn ein Arbeitgeber will ja eigentlich wissen, wie viele Arbeitsstunden er bezahlen muss. Und: **Durch die Stundenzettel wird verhindert, dass Mitarbeiter unbezahlte Überstunden machen und einige Unternehmen dadurch den Mindestlohn umgehen können.**

Deshalb fordert unsere Fraktion die Staatsregierung auf, sich endlich wie eine Regierungspartei zu verhalten und den von ihr im Bund mitbeschlossenen Mindestlohn nicht mehr permanent zu konterkarieren: Es darf nicht sein, dass in Zukunft noch Menschen in Deutschland weniger als 8,50 Euro in der Stunde verdienen. Die meisten Unternehmen sind auch bereit, diesen Lohn zu zahlen. Das bewerten wir positiv. Aber immer gibt es schwarze Schafe. Auf Kontrollen darf daher nicht verzichtet werden.

Hinzu kommt: Dass es im ersten Monat, in dem der Mindestlohn gilt, Januar 2015, weniger Arbeitslose als im Vorjahr gibt, spricht Bände: Sämtliche Panikmache ist offensichtlich unbegründet! Weitere Infos: <http://www.der-mindestlohn-gilt.de>

4) Giftstoffe in der Kleidung: Wir verlangen mehr Schutz für die Kinder

Nachdem bei Untersuchungen von Greenpeace **besorgniserregende Konzentrationen von gesundheitsschädlichen Chemikalien und Giftstoffen in Kleidungsstücken** gefunden wurden, habe ich im Gesundheitsausschuss einen Antrag eingebracht, der fordert, **strengere Grenzwerte festzulegen und wirksame staatliche Kontrollen durchzusetzen.**

Insbesondere für Kinder und Jugendliche sind bei einer Reihe von Chemikalien laut Greenpeace erhebliche Gefahren verbunden. Vor allem die langfristigen Auswirkungen der Giftstoffe sind enorm. Ein besonders in der Schuhproduktion eingesetztes Lösungsmittel kann die Fortpflanzung gefährden. Weichmacher gelten als krebserregend. Und weitere Stoffe, die gefunden wurden, stehen im Verdacht, Entwicklungsstörungen bei Kindern und Allergien auszulösen sowie das Hormonsystem zu stören.

Greenpeace hatte **Kleidungsstücke von Discountern ebenso untersucht wie Markensportartikel und Luxusprodukte.** Der Preis allein war den Ergebnissen zufolge keine Garantie für Schadstofffreiheit der Textilien. Für einige der als gesundheitsgefährdend eingestuften Stoffe gibt es bislang noch nicht einmal Grenzwerte – dies muss sich ändern!

Deshalb haben wir die Staatsregierung erfolgreich dazu veranlassen, sich auf allen erforderlichen Ebenen für die **Überprüfung festgelegter Grenzwerte für langfristig gesundheitsschädliche Chemikalien und Giftstoffe in Kleidungsstücken** einzusetzen. Energischer als bisher muss auch sichergestellt werden, dass Chemikaliengrenzwerte in Kleidungsstücken eingehalten werden. **Jede Verringerung von Chemikalien in Kleidungsstücken wirkt sich nicht nur positiv auf die langfristige Gesundheit der Träger aus, sondern auch auf Umwelt, Grundwasser und Nahrungskette in den Produktions- aber auch in den Verwendungsländern aus.**